

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1.50 Mk.
ohne Postbefreiung. Nur Post-
bezug. Bestellung bei allen Postäm-
tern. Geschäftsstelle Berlin S. 69,
Urbanstr. 63 I. Fernr.: 9321 9623.

Einzelnenpreis
die viergespaltene Beilage 50 Pf.
für Verbandsmitglieder 60 Pf.
Stellenangebot 10 Pf.; Verbands-
lungsangelegenheiten 20 Pf. Der Ein-
zelnenpreis ist höher zu entrichten.

Nr. 16.

Berlin, den 18. April 1919.

85. Jahrgang.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 16. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Die Abrechnungen für das 1. Quartal ersuchen wir umgehend fertigzustellen und an uns einzusenden. Die vom Militär zurückgemeldeten Mitglieder sind auf Seite 3 des Abrechnungsformulars, beziehungsweise auf Beilage B, gleich wie die neu eingetretenen und zugeworbenen Mitglieder, zu vermerken.

Sodern die dritte Seite des Abrechnungsformulars nicht ausreicht für die Eintragung der neu hinzugekommenen Mitglieder, ersuchen wir Beilagen B von uns abzufordern.

2. Neue Zahlstellen des Verbandes, die mit dem 1. April ins Leben getreten sind, sind noch begründet in folgenden Orten:

Gau 10: Wiesdorf (Rheinprovinz)

Gau 12: Oberwiesenthal.

3. Die Lokalbeiträge sind durch entsprechende Beschlüsse der Zahlstellen und nach erfolgter Genehmigung durch uns wie folgt festgesetzt:

| | Männl. Mitglieder pro Woche | Weibl. Mitglieder pro Woche |
|----------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| Arnstadt | 10 Pf. | 5 Pf. |
| Bonn | 15 " | 5 " |
| Görlitz | 15 " | 10 " |
| Reutlingen | 20 " | 10 " |

4. Beitragsleistung beim Militär befindlicher Mitglieder. Nachdem die alte Heeresorganisation aufgelöst ist, zwangsweise Einberufungen zum Militär nicht mehr erfolgen und den freiwillig eintretenden oder im Militärverhältnis verbleibenden Mitgliedern eine Bezahlung zuteil wird, die hinter dem im Beruf üblichen Lohn nicht oder nicht erheblich zurücksteht, kann die im Statut für die Militärzeit vorgesehene Beitragsbefreiung künftig nicht mehr angewandt werden. Abmeldungen zum Militär können also für die Folge nicht mehr angenommen werden. Freiwillig in den Militärdienst eintretende Mitglieder müssen als außerhalb des Berufs in einem Arbeitsverhältnis stehend betrachtet werden und können ihre Mitgliedschaft nur durch weitere Beitragsleistung aufrechterhalten. Die Beitragsleistung kann an die bisherige Zahlstelle oder auch an den für den Aufenthaltsort zuständigen Gauvorstand erfolgen.

In deutschen Garnisonen dienstlich unter Bewährung von Arbeitsentschädigung oder als Soldatenräte tätige Mitglieder sind auf alle Fälle beitragspflichtig. Sofern die betreffenden Mitglieder zum Militär abgemeldet sind, müssen sie ihr Mitgliedsbuch unverzüglich zurückfordern und wenigstens von Woche 16 ab Beiträge leisten.

Zum Militär abgemeldete Mitglieder, die sich in feindlicher Gefangenschaft befinden oder

sonst an der Rückkehr in die Heimat verhindert sind, bleiben einstweilen beitragsfrei.

5. Die Führung der Verwaltungsgeschäfte in den einzelnen Zahlstellen läßt mehrfach erkennen, daß die einzelnen Funktionäre mit den einschlägigen Bestimmungen des Statuts und den im Handbuch für die Bevollmächtigten niedergelegten Vorschriften nicht vollkommen vertraut sind. Wir nehmen an, daß durch den sehr häufigen Wechsel der örtlichen Funktionäre die tätigen Kollegen nicht immer in den Besitz eines Handbuchs gekommen sind. Da wir noch genügenden Vorrat an Handbüchern haben, ersuchen wir, gegebenenfalls sich solche von uns kommen zu lassen. Sie stehen allen Funktionären unentgeltlich zur Verfügung.

Der Verbandsvorstand.

Neuorientierung der Gewerkschaften.

3. Die Tätigkeit der Gewerkschaftszentrale.

Es ist nicht zu bestreiten, daß von einem besonderen Hervortreten der Gewerkschaften seit den Novembertagen von den Außenstehenden nicht viel gesehen wurde. Der große Zug, die übertragende Initiative, die der weitaußspannenden Organisation der Arbeitskräfte würdig gewesen wäre, erschöpfte sich neben den Versuchen, die Lebensbedingungen der Gewerkschaftsmitglieder auch nur einigermaßen der Zeitgeist anzupassen — Versuche, die alle mehr oder weniger guten Erfolg hatten —, in nur einer Handlung, die zudem nicht ein Kind der Revolution selbst, sondern schon vor dem Umsturz nahezu vollendet war und die außerdem das Mißgeschick auf sich nehmen muß, einer der Hauptangriffspunkte eines großen Teiles der Arbeiterschaft zu sein: die Arbeitsgemeinschaft. Ueber den Wert oder Unwert dieser Erwerbsgemeinschaft des letzten Jahres wird noch zu reden sein bei der Erörterung der Sozialisierungsbestrebungen, deren Vorläufer sie unstreitig ist. Was sonst noch von der Leitung der Gewerkschaften, in unserem Falle in erster Linie von der Generalkommissionen geschehen ist, kann nicht Anspruch darauf erheben, in bestimmender Weise in das allgemeine Geschehen eingegriffen zu haben.

Diese Tatsache, so wenig erfreulich sie ist und so sehr sie die Unzufriedenheit mit verursacht hat, war merkwürdigerweise eine bewußt gewollte. Denn einige Tage nach der Neugestaltung im Reich leitete Legien, der Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, die Verhandlungen einer Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände mit der Bemerkung ein, daß die Gewerkschaften von einem unmittelbaren Anteil an der Umwälzung auf Wunsch der Parteileitung Abstand genommen haben. Von einer Mitarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet werden sie indes nicht ferngehalten werden können, da die gewaltigen Probleme, die rasch gelöst werden müssen, ihre sachverständige Mitarbeit erfordern. Diese Sachdarlegung läßt nicht zweifelhaft erkennen, ob das Zurückstellen der Gewerkschaftszentrale ein freiwilliges war oder ob sie — wie man derb, aber zutreffend sagt — gleichsam an die Wand gequert worden ist. Auch der Geschäftsbericht der Generalkommission für

1918 geht auf diese Dinge mit keinem Wort ein, obwohl große Kreise von Gewerkschaften gerade in diesem passiven Verhalten der Generalkommission einen Quell ihrer Unzufriedenheit erkennen. Es ist aber auch ein schlecht zu verstehendes Beginnen, an dem größten Ereignis aller Zeiten unberührt vorbeizugehen und nicht die ganze Gewerkschaftsmacht aufzubieten, um den organisierten Arbeitskräften weitreichenden Einfluß zu sichern.

Die Dinge, die in der Gewerkschaftszentrale behandelt wurden, treten hinter diesem ersten Erfordernis weit zurück, so wichtig sie im einzelnen bei dem wirtschaftspolitischen Durcheinander auch sind. Nach den Berichten im „Correspondenzblatt“ über die Konferenzen der Vertreter der Verbandsvorstände und nach dem Geschäftsbericht der Generalkommission selbst beschäftigten sich diese beiden leitenden Körperschaften der Gewerkschaftsbewegung in der Hauptsache mit Fragen der Uebergangswirtschaft. Sie setzten noch bei der alten Regierung die Errichtung eines besonderen Reichsamts für die Uebergangswirtschaft durch, vollendeten dann den Abschluß der Arbeitsgemeinschaft, verlangten für alle Gewerbe paritätische Sachauschüsse, das Verbot der gewerblichen und privaten Stellenvermittlung, die Einberufung einer internationalen Gewerkschaftskonferenz, beschäftigten sich in sehr problematischer Art mit der Sozialisierung der Produktion, mit den Arbeiterräten und dem ganzen Räteystem, ferner allgemein mit den politischen Zuständen, mit der inneren Organisation der Generalkommission und Personalfragen, mit der Möglichkeit, die Gewerkschaftszeitungen ins besetzte Gebiet zu bringen, mit der Arbeitslosenunterstützung und den Beschäftigungsmöglichkeiten, mit der Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener mit den gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag, mit den Beamtenorganisationen, die als Arbeitergewerkschaften gelten wollen, mit Grenzstreitigkeiten zwischen einzelnen Organisationen, mit der Einberufung des Gewerkschaftskongresses, beschlossen ferner die Ausarbeitung von Satzungen für den Bund der deutschen Gewerkschaften und — ermahnten mehrmals die Gewerkschaftspresse, sich unausgesetzt mit praktischen Gewerkschaftsfragen zu beschäftigen und aufmerksamer die Tätigkeit der Arbeiterräte zu verfolgen.

Man kann zugeben, daß es sich bei allen diesen Sachen um „Probleme handelt, die rasch gelöst werden mußten“, aber weltbewegend, die ganze Gewerkschaftskraft aufrüttelnd und mitreißend sind sie nicht. Um das zu sein, lagert vielzuviel behäbige Ruhe über ihnen. Daß hier eine grundlegende Aenderung notwendig wird, ist selbstverständlich. Es kann nicht angehen, daß die größte wirtschaftliche Organisationsform gleichsam als fünfte Rad hinter dem Revolutionskarren hergezottelt. Warum das bis jetzt der Fall war, ist näherer Untersuchung wert. Einer der Gründe scheint uns die Ueberfülle von Leitern und Würden zu sein, die auf manchen der führenden Gewerkschaftsingenossen lastet. Diese Feststellung besagt, daß die in den Gewerkschaften hauptberuflich tätigen

*) „Correspondenzblatt“ Nr. 47, 1918, S. 435.

Personen, soweit sie nicht von der Fülle der durch den Massenstrom bewirkten bureaumäßigen oder agitatorischen Kleinarbeit festgehalten sind, sich an der politischen Neugestaltung der Dinge im neuen Reich intensiv beteiligen, ja man kann sagen, zu intensiv, so daß gerade dadurch der so notwendige überragende Einfluß der Gewerkschaften nicht zum Ausbruch kommen konnte, indem eine Ueberlastung der leitenden Personen, ein Ersticken dieser in einer Unzahl von Neben- und Ehrenämtern eintrat. In regulären Zeiten, wenn alle Dinge ihren geregelten Gang gehen, mag es angebracht sein, daß von den führenden Gewerkschaftsleitern eine größere Anzahl sich auch aktiv an politisch-parlamentarischen Leben beteiligt und dort den Einfluß der Gewerkschaften zur Geltung zu bringen sucht. Wir ziehen aber in Zweifel, daß es bei den jetzigen Zeiten gut ist, wenn erhebliche Teile von ihrem eigentlichen Aufgabebereich durch andere ihnen mit übertragenen Funktionen losgelöst und damit unter Umständen ganze und lebenswichtige Korporationen zeitweise zur Untätigkeit verurteilt werden, wie es z. B. mit der Generalkommission der Fall ist, von deren Angehörigen nicht weniger denn fünf als Abgeordnete zur Nationalversammlung gewählt sind. Außer diesen gehören der Nationalversammlung noch an 9 Verbandsvorsitzende, 6 sonstige Vorstandsmitglieder und Redakteure, 23 Bezirks- oder Gauleiter und örtliche Angestellte und 8 Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre. (Die christlichen Gewerkschaften haben 20, die Eitsch-Dunerschen Gewerkschaften 4 Angestellte im Reichsparlament.) Es möchte noch angehen, wenn es nur bei einer Mandatszuweisung sein Bewenden hätte. So aber erleben wir vielfach eine Mandatshäufung — es brauchen das nicht immer nur politisch-parlamentarische zu sein —, unter der einmal die hauptberufliche Tätigkeit der Betroffenen ganz besonders leiden muß, zum andern aber wird auch durch die Belastung des einzelnen bewirkt, daß auch eines oder das andere der Nebenämter, die in der Regel auch wichtig sind, nicht voll ausgefüllt werden kann, sehr zum Nachteil der Arbeiterschaft. Ein Schulbeispiel dafür war die Abstimmung über die Entschädigungspflicht im Sozialisierungs-gesetz, bei der von den Vertretern der Arbeiterschaft mehr denn 60 fehlten, wodurch die Entschädigungspflicht des Staates beschlossen und damit ein Teil revolutionärer Selbstverständlichkeit preisgegeben wurde. Beider wird das keine Einzelercheinung bleiben, sondern bei der so beliebten Methode der Mandatshäufung öfter vorkommen müssen, da nicht zu umgehen sein wird, daß die verschiedenen Parlamente oder Körperschaften zu gleicher Zeit tagen. Von einem Sturm der Entrüstung über diese „glückliche Sorglosigkeit“ hat man allerdings merkwürdigerweise nichts gehört.

Im Laufe der Zeit hat sich bei einem Teil der führenden Personen der Arbeiterschaft die Anschauung festgesetzt, daß sie alle anfallenden Ämter auf sich vereinigten könnten, ohne eins neben dem andern zu vernachlässigen. Die Probe aufs Exempel war die Abstimmung in Weimar. Die an der Spitze unserer Bewegung stehen, sind eben auch nur Menschen, die nicht an verschiedenen Orten zu gleicher Zeit tätig sein können. Aber hat denn nicht die Arbeiterschaft tüchtige und geschulte Kräfte in so reicher Zahl hervorgebracht, daß von einer Ueberbürdung des einzelnen nicht die Rede zu sein braucht? Eine Verteilung der Verantwortung auf eine größere Zahl von Köpfen ist fraglos auch viel mehr im Interesse der Arbeiterschaft gelegen. Und wenn einmal einer unter allen Umständen Hans Dampf in allen Gassen sein will, dann gehört ihm ein entsprechender Dämpfer aufgesetzt. Das hier Gesagte betrifft natürlich nicht nur die parlamentarische, sondern in viel höherem Maße die sonstige politische und andere Tätigkeit im Interesse der Arbeiterschaft. Eine Ueberlastung des einzelnen ist immer vom Uebel, um wieviel mehr, wenn Ueberlastungen ein ganzes Körperschaften diese zum zeitweiligen Stilllegen ihres eigentlichen Aufgabebereiches zwingen müssen. Dies zu sagen war in diesem Zusammenhang notwendig, wobei bemerkt sei, daß unsere allgemeinen Ausführungen nicht auf bestimmte Personen gerichtet sein sollen. Der Sache zu dienen ist unser Bestreben.

Ein Reichstarif für die Etsuisindustrie.

Anschließend an die Generalversammlung des Verbandes der Etsuisfabrikanten Deutschlands fanden am 24. und 25. März in Eisenach Verhandlungen betreffend den Abschluß eines Hauptvertrages zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Etsuisindustrie statt. Die Einladungen zu den Verhandlungen erfolgten leider so außerordentlich spät, daß Vertreter von unserem Verband nur aus den hauptsächlich in Frage kommenden Fabrikationsorten anwesend sein konnten. Vom Verband der Etsuisfabrikanten war eine Tarifkommission aus 12 Herren bestimmt, die unter Leitung des Generalsekretärs Rasse-Berlin mit den Vertretern unseres Verbandes aus Berlin, Genua, Loth., Pforzheim und Rathenow, sowie Radmer-Leipzig als Vertreter für Eisenach und Leipzig und Haeufels als Vertreter des Verbandes vorstandes die Verhandlungen führte.

Vom Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes, Herrn Schneider-Eisenach, wurde eingangs der Verhandlungen auf das bisher zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestandene Verhältnis hingewiesen. Er stellte fest, daß die Unternehmer den bisher eingegangenen feindlichen Standpunkt den Arbeitnehmern gegenüber nicht mehr aufrechterhalten wollten, sie vielmehr gewillt seien, einen für das ganze Gewerbe bindenden Tarifvertrag abzuschließen. Die Vertreter der Arbeitnehmer sollen dabei aber Rücksicht nehmen auf die besondere Lage des Gewerbes, das in sehr hohem Maße auf den Export angewiesen wäre. Infolge Raummangels müssen wir es uns versagen, auf die Verhandlungen, die innerhalb der beiden Tage netto 21 Stunden dauerten, des Näheren einzugehen. Es fehlte ihnen nicht an kritischen Momenten, die das angefangene Werk in Gefahr zu bringen drohten. Der Tarifvertrag soll ab 15. April Geltung haben. Er wird in den nächsten Tagen den Gau- und Zahlstellenbevollmächtigten zugehen. Den Kollegen und Kolleginnen der Branche liegt es nun ob, das, was im Vertrag festgelegt wurde, zur Tat werden zu lassen. Den örtlichen Vereinbarungen ist insbesondere vorbehalten die Regelung der Akkordpreise, was noch einen sehr wichtigen Teil des Abkommens bedeuten dürfte, der noch zu erfüllen ist.

Im Nachstehenden geben wir die wichtigsten Bestimmungen des Vertrages wieder und bemerken dabei, daß derselbe in seinen Grundzügen gleich angelegt ist wie die für die Briefumschlagindustrie und die Zigarettenkartonindustrie angestrebten Verträge.

Der abgeschlossene Hauptvertrag soll die Grundlage sein für die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der gesamten Industrie. Darum haben sich jetzt alle schon bestehenden Verträge diesem Hauptvertrag anzupassen. Sondervereinbarungen über Entlohnung usw. sind unzulässig und werden als Verstoß gegen den Tarif angesehen. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt höchstens 48 Stunden. Zur generellen Festlegung der Stundenlöhne sind die Orte mit Etsuisindustrie in fünf Klassen eingeteilt, in denen folgende Löhne gezahlt werden sollen:

Etsuismacher:

| | Klasse | | | | |
|--|--------|------|------|------|------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| Im 1. Jahre nach der Lehrzeit | 1,40 | 1,15 | 1,00 | 0,75 | 0,65 |
| Im 2. Jahre nach der Lehrzeit | 1,50 | 1,30 | 1,10 | 0,90 | 0,80 |
| Im 3. Jahre nach der Lehrzeit | 1,70 | 1,50 | 1,30 | 1,10 | 1,00 |
| Nach fünfjähriger Gehilfenschaft | 2,00 | 1,75 | 1,50 | 1,30 | 1,20 |

Einen um 10 v. H. erhöhten Lohn erhalten Tischler, die gleichzeitig als Etsuisarbeiter gelernt haben, und Kartusmacher. Der Lohn für qualifizierte Spezialarbeiter unterliegt — gleichwie der Akkordlohn — besonderer örtlicher Vereinbarung.

Hilfsarbeiter können um 10 v. H. geringer entlohnt werden, wenn sie älter als 18 Jahre sind und im 1. Jahr der Berufstätigkeit stehen, um 20 v. H., wenn sie jünger als 18 Jahre sind.

Etsuismacherinnen erhalten:

| | Klasse | | | | |
|---|--------|------|------|------|------|
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| Im 1. Jahre der Berufstätigkeit | 0,50 | 0,45 | 0,40 | 0,30 | 0,20 |
| Im 2. Jahre der Berufstätigkeit | 0,55 | 0,50 | 0,45 | 0,35 | 0,30 |
| Ueber 16 Jahre | | | | | |
| Im 1. Jahre der Berufstätigkeit | 0,70 | 0,65 | 0,50 | 0,40 | 0,30 |
| Im 2. Jahre der Berufstätigkeit | 0,85 | 0,75 | 0,60 | 0,45 | 0,35 |
| Nach fünfjähriger Berufstätigkeit | 1,00 | 0,90 | 0,70 | 0,55 | 0,50 |
| Nach achtjähriger Berufstätigkeit | 1,25 | 1,00 | 0,80 | 0,65 | 0,60 |

An Arbeiter und Arbeiterinnen ist für gleiche Akkordarbeit auch gleicher Lohn zu zahlen. Ueberstunden sind nur in dringenden Fällen zulässig; für sie wird ein besonderer Aufschlag bezahlt, steigend von 25 bis 75 v. H. Heimarbeit darf grundsätzlich nur an solche Personen ausgegeben werden, die wegen ihrer körperlichen Beschaffenheit oder wegen besonderer Familienverhältnisse nicht im Betrieb arbeiten können. Sie erhalten die gleiche Entlohnung wie die Betriebsarbeiter; ihnen darf nicht mehr Arbeit gegeben werden, als sie in 48 Stunden pro Woche tatsächlich leisten können. Die Zahl der Lehrlinge ist beschränkt und tariflich festgelegt, eine dreijährige Lehrzeit soll angestrebt werden. Die Gewährung von Ferien ist einer späteren Vereinbarung vorbehalten, desgleichen eine engere Abgrenzung der Männer- und Frauenarbeit. Vorgesesehen ist die Errichtung paritätischer Arbeitsnachweise, deren Benutzung Zwang ist. Zur Regelung von Streitigkeiten sind die üblichen Schlichtungsausschüsse und Schiedsgerichte vorgesehen, ferner auch gemeinschaftliche Sitzungen der Vorstände beider Verbände. Der Vertrag soll bis zum 1. April 1920 Geltung haben.

Verbandsmitglieder, wahrt Eure Rechte!

Wahlbetrachtungen.

In den nachfolgenden Zeilen sollen nicht politische Wahlen, etwa die zur Nationalversammlung, zu den Volkstammern oder den Arbeiter- und Soldatenräten einer Betrachtung unterzogen werden, sondern die, die in diesen Wochen in vielen unserer Gewerkschaftsorganisationen stattgefunden haben, nämlich die Neuwahlen zu den Ortsverwaltungen, Tarifkommissionen, Schiedsgerichten oder sonstigen Instanzen, die wir im Gewerkschaftsleben kennen und schätzen gelernt haben. Eine besondere Betrachtung ist deshalb notwendig, weil in diesem Jahre in einzelnen Orten dabei Bestrebungen zutage getreten sind, die wir nicht billigen können, sondern die im Interesse der Einheit in der Bewegung verurteilt werden müssen.

Die in Frage kommenden Wahlen sind bisher wohl in allen Organisationen entsprechend vorbereitet worden. Das heißt, man hat in den berufenen Instanzen schon vor der Generalversammlung zu dem in Aussicht stehenden Neuwahlen Stellung genommen, eventuell auch bereits Vorschläge dazu gemacht, ohne damit aber der endgültig befindenden Versammlung vorgreifen zu wollen. Für die zu wählenden Vorschläge war aber unter allen Umständen das Interesse der Organisation und ihrer Mitglieder maßgebend. Irrend, welchen Sonderinteressen werden kein Raum gegeben. In diesen Zeiten ist nun hier und da — nicht nur bei uns — mit diesen bewährten Gepflogenheiten gebrochen worden. Man hat die berufenen Instanzen ausgeschaltet, sich mitunter sogar in besonderen Konventikeln verammelt und dort die Wahlen vorbereitet. Dabei ist in erster Linie darauf gesehen worden, daß die in Vorrichtung zu bringenden Personen sich auf eine bestimmte Parteirichtung verpflichteten. Und diese Parteirepräsentanten hat man dann in der Generalversammlung mit allen Mitteln durchzudrücken verstanden, ohne dabei aber zu sagen, daß die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Parteirichtung die Haupttriebfeder für die Vorschläge gewesen ist. Dieses Beginnen ist allerdings durch die Untätigkeit oder das passive Verhalten derjenigen Gewerkschaftsmitglieder wesentlich begünstigt worden, die mit einer solchen Gepflogenheit nicht einverstanden waren. Insbesondere haben auch die alten Ortsverwaltungen versagt und nicht getan, um die Wahlen in der bisher üblichen Weise vorzubereiten. Man hat viel mehr vor dem Sonder-

Bestrebungen einfach die Waffen gestreckt und ist scheinbar froh gewesen, die Bürde des Antes los zu werden.

Ehrlicher, d. h. offener, aber genau so falsch hat man in anderen Organisationen gehandelt. Dort hat man in den Wahlversammlungen einen Beschluß herbeizuführen verstanden, nach welchem die verschiedenen Anstalten nur aus den Anhängern einer bestimmten Parteirichtung zusammengeführt werden durften. In erster Linie ist also auch hier darauf gesehen worden, daß die zu Wählenden auf ein bestimmtes Dogma eingeschworen waren. Das Interesse der Organisation und ihrer Mitglieder ist erst in zweiter Linie in Frage gekommen.

Ich sagte schon, daß ich eine solche Praxis für falsch halte, weil sie durch keine Bestimmung in den Statuten der freien Gewerkschaften gestützt zu werden vermag und schließlich auch deshalb, weil sich die Konsequenzen eines solchen Handelns gar nicht absehen lassen. Wenn man nur die Mitglieder für würdig erachtet, die Interessen der Berufsgenossen in der Verwaltung zu vertreten, die sich auf eine bestimmte Parteirichtung verschworen haben, so schaffte man gewissermaßen Recht, wie das unter den alten Wählbaren ja auch der Fall war. Soll das etwa die Weisheitslehre sein, die uns die Revolution gebracht hat? Wenn man Leute, die sich aus ebenen ethischen Gründen und Erwägungen, wie es die Gegenpartei von sich behauptet, politische Meinungsfreiheit vorbehalten haben, für minderen Rechts ansieht, dann muß ich das Terrorismus nennen, der geistige Anrecht zur Folge hat. Es ist eben doch nicht jedermanns Sache, für das Urteilsrecht des augenblicklichen Bewußtseins der Masse seine Seele zu verkaufen. Im übrigen möchten wir den Sturm der Entrüstung hören, wenn die vorstehend gekennzeichneten Bestrebungen überall dort Nachahmung finden würden, wo das Stärkeverhältnis der beiden vordem in Betracht kommenden Parteirichtungen umgekehrt liegt. Dann würde man — und mit Recht — von Vergewaltigung und ähnlichen schänden Dingen reden. Wenn man nun schon dazu gekommen ist, den Mitgliedern der Ortsverwaltungen usw. eine bestimmte Parteirichtung vorzuschreiben, dann wird man konsequenterweise dabei nicht stehen bleiben dürfen. Man wird dazu übergehen müssen, auch die Vertrauensleute, die Betriebsräte usw. einfließend zu sichten. Und letzten Endes wird man auch nicht davon zurückzureden dürfen, zu sagen, daß die Beiträge von Leuten mit anderer politischer Anschauung nicht wert sind, den Verhandlungen überwiesen zu werden. So weit wird man das Spiel aber wohl nicht treiben, und das jedenfalls in der nicht unberechtigten Befürchtung, daß ein solches Vorgehen die Organisationen ausgründen würde, mindestens aber eine Zersplitterung in die Reihen der Mitglieder tragen könnte, die es als ausgeschlossen erscheinen lassen muß, daß die Interessen der Gewerkschaftsgenossen in der bisher üblichen Weise gewahrt werden können. Wohin die neue Weglosigkeit führt, zeigt sich ja schon heute insofern, als die Wahlen zum Teil bei außerordentlich geringer Wahlbeteiligung ausfallen, so daß es für die Gewählten eine besondere Vernehmlichkeit ist, zu behaupten, die Mehrheit der Mitglieder am Orte stehe hinter ihnen.

Ich achte jede politische Heberzeugung, sobald sie dem Wohle des Volkes und der Revolution genötigt ist. Ich stehe durchaus nicht auf dem Standpunkte, daß die Gewerkschaftsgenossen der radikalsten Richtung unüberlegte oder gar unfähige Köpfe sind. Ich erlaube mir aber auch die Ansicht auszusprechen, daß von der radikalsten Richtung vielfach weit über das Ziel hinausgeschossen wird. Ich wage weiter zu behaupten, daß sich heute mander ein radikales Mäntelchen umhängt, der noch vor gar nicht langer Zeit auf einem ganz anderen Standpunkte stand. Ich glaube auch die Erfahrung gemacht zu haben, daß sich heute mander radikal gebärdet, weil man damit in manchen Orten auf billige Weise Beschäftigung zu erringen und die Schwächlichkeit des sonstigen geistigen Nützgens zu verdecken vermag.

Im Grunde genommen bin ich, wenn ich die Dinge von rein persönlichen Gesichtspunkten aus betrachte, gar nicht so unzufrieden mit den Geschehnissen, weil die neuen Leute nun beweisen können, daß sie die schönen Theorien auch alle in die Praxis umzusetzen vermögen, worüber man sich vielleicht schon in kurzer Zeit ein Urteil erlauben darf. Wenn ich mich trotzdem gegen die neue Weglosigkeit wende, dann aus rein sachlichen Gründen, weil diese Praxis durch die statutarischen Bestimmungen der freien Gewerkschaften nicht gedeckt wird, weil diese Praxis Bestimmung in die Reihen der Mitglieder tragen muß, weil sie Uneinigkeit und Ketzereien zur Folge haben wird und die Leistungsfähigkeit der Verbände un-

günstig beeinflussen muß. Ich achte jeden ehrlichen Gewerkschaftsgenossen, ohne Rücksicht auf seine politische Heberzeugung. Ich will das Wohl der gesamten Berufsgenossen. Ich lasse jeden nach seiner Fassung selbst werden. Ich verbiete niemand für seine Heberzeugung einzutreten. Ich arbeite im Interesse der Entwicklung der Revolution. Ich wünsche die Einigkeit in der Arbeiterkassier wiederhergestellt zu werden. Ich schwärme für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit all dessen, was Menschenanstand trägt, nicht aber für den Satz: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag ich Dir den Schädel ein.“

Argus.

Berichte.

Berlin. Am 21. März fand die Generalversammlung der hiesigen Zählstelle statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt Martuse mit, daß Kollege Denckel und dessen Sohn bei den letzten Unruhen von den Regierungstruppen erschossen worden seien, weil man in ihrer Wohnung ein Infanteriegeleitengewehr und einige Handgranatenringe gefunden habe. Dabei habe sich Kollege Denckel keineswegs an den Unruhen beteiligt, sondern das Seitengewehr sei ein Kriegsgewehr gewesen und die Ringe rührten von Handgranatenzielen her, welche zur Feuerung von dem Sohn von dessen Arbeitsstätte mitgebracht seien. Er beantragt, der Bitte zur Verfolgung ihrer Ansprüche unbefristet Rechtsschutz nach ihren Wünschen zu gewähren. Diese Mitteilungen riefen eine lebhafteste Entrüstung der Versammlung hervor. Der Antrag auf Rechtsschutz fand einstimmige Annahme.

Hierauf wurde der Jahresbericht für 1918 erfaßt. In den ersten 10 Monaten des Jahres bestand die Hauptaufgabe der Verwaltung und Brancheneleitungen darin, zum Ausgleich für die gewaltige Feuerung die Feuerungszulagen angemessen zu erhöhen. Als dann am 9. November die politische Umwälzung eintrat, waren neben dieser Aufgabe noch andere wichtige zu erfüllen. Es galt namentlich, die von den Kollektsbeauftragten im Interesse der Arbeiterkassier erlassenen Verordnungen zur Durchführung zu bringen. Gleichzeitig setzte ein ungeheurer Zustrom der Unorganisierten ein, in der richtigen Erkenntnis, daß nur die Gewerkschaften es sein könnten, welche der Arbeiterkassier die Ertragsleistungen der Revolution sichern. Betriebe, die früher nie für die Organisation zu haben waren, ließen sich reißend organisieren. Dadurch stieg die Mitgliederzahl am Schlusse des Jahres auf 11568, das sind rund 2500 mehr als am Anfang des Jahres, oder über 2500 mehr gegen den höchsten Friedensstand am 1. Januar 1913. Als dann nach Abschluß des Waffenstillstandes die Kollegen aus dem Felde heimkehrten, galt es für Unterbringung derselben in den Betrieben zu sorgen. Das war keine leichte Aufgabe, da gleichzeitig ein großer Arbeitsmangel eintrat, der es mit sich brachte, daß am 31. Dezember auf dem Nachweis 693 Arbeitslose eingeschrieben waren, eine Zahl, die in Friedenszeiten niemals auch nur annähernd erreicht war. All dies brachte den Funktionären und der Verwaltung eine ungeheure Arbeit, was auch darin seinen Ausdruck findet, daß es sich nötig machte, auf dem Bureau 6 Hilfskräfte anzufstellen. Der Bestand der Lokalkasse betrug am 31. Dezember 116 680,68 M. Ueber den Bericht fand eine Diskussion nicht statt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Neuwahlen der Gesamterwaltung, gab Würzberger zunächst das Resultat der Neuwahlen der Brancheneleitungen bekannt. Ueber diese fand eine lebhafteste Diskussion statt. Ein Antrag Lüdike verlangte, die Bestätigung der neugewählten Brancheneleitungen auszusetzen und Neuwahlen auszuschreiben. Von den Vorgesetzten ist zu verlangen, daß sie eine Erklärung abgeben, ob sie auf dem Boden des Rätesystems stehen. Der Antrag fand Annahme. Ein weiterer Antrag, im April eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten und auf die Tagesordnung einen Vortrag über das Rätesystem zu setzen, fand in der Form Annahme, daß dieser Vortrag in den Brancheneleitungen vor Wahl der Brancheneleitung stattfinden soll. Eine rege Diskussion rief auch die Wahl des ersten Bevollmächtigten hervor. Es wurde darauf hingewiesen, daß es nur ein Kollege sein könne, welcher auch den Geist der neuen Zeit begriffen habe. Als Kandidaten wurden Würzburger und Kasper vorgeschlagen. Die Wahl selbst findet durch Abstimmung statt. Folgender Antrag Lüdike wurde angenommen:

Die Mitglieder der Zählstelle Berlin beantragen, daß die Ortsverwaltung beim Verbandsvorstand beantragen möge, noch vor dem Gewerkschaftskongress einen Verbandstag einzuberufen.

Von den arbeitslosen Kollegen und Kolleginnen liegen zwei Anträge vor, von denen der erste verlangt, daß die Verwaltung bei den maßgebenden

Stellen dahin wirken soll, bei der Erwerbslosenfürsorge die vor dem 1. März bestehenden Sätze wieder einzuführen. Der zweite Antrag verlangt einen Zuschuß der Lokalkasse zur Erwerbslosenunterstützung nach folgenden Sätzen: bei 52 Wochen Mitgliedschaft pro Tag 50 Pf., bei 260 Wochen Mitgliedschaft pro Tag 1 M., Ausgesteuerte pro Tag 1,50 M. auf die Dauer von 36 Tagen für Männer und 24 Tagen für Frauen. Diese Anträge fanden die Zustimmung der Generalversammlung. Die Arbeitslosen protestieren dagegen, daß nach einer neuen Verfügung der Erwerbslosenfürsorge die Arbeitslosen durch Bürger kontrolliert werden sollen, ob sie auch würdig zum Bezuge der Unterstützung sind. Dies sei eine Verleumdung für die Arbeitslosen. Die Generalversammlung stimmte dem Protest der Kollegen und Kolleginnen zu. Ein Antrag des Kollegen Gabel verlangt, daß Veröffentlichungen der Zählstelle nicht mehr im „Vorwärts“, sondern nur noch in der „Freiheit“ erfolgen sollen. Begründet wird der Antrag damit, daß der „Vorwärts“ durch seine Haltung bewiesen habe, daß er nicht mehr die Interessen der Arbeiterkassier vertrete. Von anderer Seite wird darauf hingewiesen, daß die Annahme dieses Antrages Terrorismus gegen eine andere politische Richtung in der Arbeiterkassier bedeuten würde. Der Antrag fand jedoch die Zustimmung der Mehrheit der Generalversammlung.

Berlin. In einer am 28. März stattgefundenen Branchenversammlung der in Buchbindereien, Buchdruckereien und Geschäftsbücherfabriken beschäftigten Mitglieder erörterte Würzberger den Bericht über die Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsamt wegen Erhöhung unserer Feuerungszulagen. Es ist endlich gelungen, die Verhandlungen über unsere Forderungen zum Abschluß zu bringen, nachdem dieselben vor fast einem Vierteljahr eingereicht waren. Der Schiedsspruch selbst ist bereits in der letzten Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ zum Abdruck gebracht worden. Bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit zur Vermeidung weiterer Entlassungen und zur Verminderung der großen Arbeitslosigkeit haben sich die Unternehmer bereit erklärt, mit uns Vereinbarungen darüber zu treffen. Ueber Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches ist binnen einer Woche Beschluß zu fassen. Erfolgt von einer Seite Ablehnung, dann wird von der anderen Seite beim Demobilisierungsamt beantragt werden, dem Schiedsspruch Gesetzeskraft zu geben.

In der Diskussion über den Bericht kommt zum Ausdruck, daß man keineswegs mit dem Schiedsspruch einverstanden sein könne. Wenn man sich trotzdem zur Annahme entschleie, so geschähe dies lediglich aus dem Grunde, daß es sich infolge der überaus traurigen Lage des Arbeitsmarktes nicht empfehle, in einen Streit einzutreten. Aus diesen Erwägungen erfolgte dann auch die Annahme des Schiedsspruches.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung erfolgt hierauf ein Vortrag des Kollegen Czerny über: „Das Rätesystem und die Gewerkschaften.“ Redner schildert in eingehender Weise den Aufbau und die Aufgaben der Arbeiterräte. Er kommt zu dem Schluß, daß es im Interesse der Arbeiterkassier gelegen sei, die Arbeiterräte zu erhalten und auszubauen und nicht, wie gewisse Kreise es anstreben, dieselben zu beseitigen. Nur durch die Arbeiterräte könne für die Arbeiterkassier der volle Erfolg der Revolution gesichert werden. Nach dem Vortrage erfolgt zunächst die Wahl der Brancheneleitung. Laut Beschluß der Generalversammlung haben sämtliche Kandidaten die Erklärung abzugeben, ob sie auf dem Boden des Rätesystems stehen, was von allen Vorgesetzten behandelnd beantwortet wird. Die Wahl selbst fand mittels Stimmzettel statt. In der sich anschließenden Diskussion über den Vortrag äußerten sich die meisten Redner zustimmend zu den Ausführungen des Referenten. Um den Funktionären Gelegenheit zu geben, sich über die Ziele der Arbeiterräte zu informieren, wird auf Antrag des Kollegen Memm beschlossen, denselben die Zeitschrift „Der Arbeiterrat“ auf Kosten der Zählstelle zu liefern. Von den Kollegen Gzike und Martuse wird eine Resolution eingebracht, nach der sich niemand von den Kollegen zu den freiwilligen militärischen Formationen melden soll. Gegebenenfalls soll bei späteren Gelegenheiten ein Zusammenarbeiten mit solchen Kollegen abgelehnt werden. Der Kollegenrat in den anderen Zählstellen wird empfohlen, sich diesem Vorgehen anzuschließen. Nach kurzer zusammenfassender Diskussion wurde diese Resolution angenommen.

Gegen den Beschluß der Generalversammlung vom 21. März, den Arbeitslosen einen Zuschuß zur Erwerbslosenunterstützung zu geben und Inzertate nicht mehr im „Vorwärts“ zu veröffentlichen, ist von mehr als 500 Mitgliedern Einspruch erhoben und Abstimmung beantragt. Von mehreren Rednern wird ausgeführt, daß ein solches Vorgehen zu verurteilen sei, da es doch Pflicht der Arbeitenden sei,

für die Arbeitslosen einzutreten. Würzberger hält dem entgegen, daß es nicht in der Absicht der Antragsteller liege, den Arbeitslosen die Unterstützung vorzuenthalten. Man verlange nur, daß für die dazu nötigen Summen auch Deckung vorhanden sei, was durch Erhöhung des Lokalbeitrages erreicht werden solle. Die Ortsverwaltung habe zu dem Zwecke, brauchbare Vorschläge auszuarbeiten, bereits eine Kommission eingesetzt, welcher auch ein Mitglied des Arbeitslosenrates angehöre. Das Interesse der Arbeitslosen sei also gewahrt. Der Protest wegen des Nichtintervenirens im „Vorwärts“ sei erfolgt, weil man darin einen Terrorismus erblicke.

Konstanz. Unsere gutbesuchte Versammlung hatte eine reichliche Tagesordnung zu erledigen. Vorher wurde das Andenken unseres langjährigen Kollegen Jakob von Bovy in üblicher Weise gesehrt. Kollegen und Kolleginnen der Jahrsstelle haben den Hinterbliebenen einen größeren Geldbetrag überwiesen, zu dem auch die Firma Ditsch 20 Mk. beisteuerte.

Die dann getätigte Neuwahl der Verwaltung ergab als 1. Vorsitzenden Schäfer, als Beisitzer Martin, als Kassierer Bohn, als Schriftführer Heimburger, als Revisoren Frau Schwarz und Häfker. Nachdem besetzt die Versammlung mit dem Goutag in Biorachheim. Wegen schlechter Finanzlage wird von einer Delegation abgesehen. In einer Aussprache über die Lohnverhältnisse am Plage wird konstatiert, daß der bisherige Minimallohn von 28,50 Mk. den jetzigen Verhältnissen nicht mehr angepaßt ist. Verlangt wurde, zum mindesten den doppelten Minimallohn festzusetzen. Der Buchbinder wird im großen ganzen schlecht bezahlt im Verhältnis zu anderen Gewerben. Jeder Strafenlehrer verdient mehr als unsere Kollegen. Die vorgesehene Feier zum 25-jährigen Bestehen der Jahrsstelle verbunden mit Installation für unsern Verband wird auf die nächste Versammlung verlegt. Erreicherungswerte sind in den letzten Wochen mehrere Aufnahmen zu verzeichnen.

Leipzig. In einer erdrückend stark besuchten Versammlung am 31. März erstattete Fische Bericht über die im Reichsarbeitsministerium mit den Arbeitgebern geführten Verhandlungen. Er gab dabei den Schiedsbericht bekannt und erläuterte die einzelnen Festlegungen desselben. Auch auf die stattgefundene Konferenz von Vertretern der Tarifstädte Berlin, Leipzig, Stuttgart und München ging er des Näheren ein und befürwortete unter Berücksichtigung der bestehenden Sachlage die Annahme des Schiedspruches.

Die lebhafteste Diskussion über den Bericht zeigte eine bittere Enttäuschung und starke Unzufriedenheit mit dem Erreichten. Draufschläge Vergleiche mit den Löhnen der Buchbinder und anderer Leipziger Arbeiterkategorien wurden gestellt und unsere Kollegenschaft ernstlich gemahnt, für ihren Teil alles daranzusetzen, um nur einigermaßen menschenwürdige Lohnverhältnisse schaffen zu helfen. Einstimmige Annahme fand eine Resolution, in der die Versammelten zum Ausdruck brachten, daß der gefällte Schiedspruch keinesfalls einen Ausgleich der teuren Lebenshaltung bedeute und weit hinter den gestellten Erwartungen zurückbleibe. Aber in Anbetracht, daß

tarifliche Abänderungsanträge eingereicht sind und daß bei eventueller Ablehnung derselben durch den Verband deutscher Buchbinderbesitzer der Tarif als gefährdeter gilt, anerkannte die Versammlung den Schiedspruch. Der Antrag einiger organisierter Lehrlinge, auch diesen eine Teuerungszulage von mindestens 3 Mk. die Woche zu vermitteln, wurde der Verwaltung zur weiteren Veranlassung übergeben. Ein Antrag, durch Abschaffung der Affordarbeit die Neubearbeitung des Tarifs überflüssig zu machen, wurde bis zu der dieses Thema ausschließlich behandelnden Versammlung juristisch gestellt. Dann wurden die Gründe für die beschämend geringe Beteiligung an der Urwahl der neuen Ortsverwaltung einer eingehenden Kritik unterzogen und verlangt, daß in Zukunft von allen Seiten mehr Interesse an allen Verbandssachen geübt werde. Der Antrag Bösch, durch die Ortsverwaltung der Jahrsstelle Leipzig beim Verbandsvorstand den Antrag auf schnellste Einberufung des Verbandstages zu stellen, fand nach treffenden Begründungen einstimmig Annahme. Mit der Aufforderung, bei der bevorstehenden Neuwahl der A. u. S.-Räte nur den Kandidaten der sozialrevolutionären Arbeiterchaft die Stimme zu geben, wird der Wunsch verbunden, zum Nutzen der Organisation und ihrer Mitglieder als Vertrauensleute und Betriebsräte nur Kollegen mit festem Rückgrat zu wählen.

Stuttgart. Am 20. März hat die in den hiesigen Briefumschlagfabriken beschäftigte Arbeiterschaft in einer äußerst stark besuchten Branchenversammlung Stellung zu ihrer wirtschaftlichen Lage genommen. Drenwald referierte über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Branche. Der Arbeiterschaft ist der Vorschlag zu machen, daß sie nicht ganz unschuldig an den Zuständen ist, weil sie erst seit einem halben Jahre den Weg zur Organisation gefunden und bis dahin überhaupt nie Stellung zu diesen Fragen genommen hat. Heute ist das Personal der Betriebe fast restlos organisiert. Der Krieg mit seinen schlimmen Begleiterscheinungen hat vielen die Augen geöffnet, die Revolution mache schädlichen Einflüsse, denen besonders die weiblichen Branchenangehörigen bis dahin ausgeliefert waren, beseitigt. In einer Reihe von Versammlungen und Sitzungen, die immer überfüllt waren, wurde über die wirtschaftliche Lage der Branchenangehörigen beraten und Wege gesucht, diese zu bessern. Einige Wünsche der Arbeiterschaft aus dem größten Betrieb am Ort wurden auch schon dieser Firma, E. Kempner, unterbreitet. Diese ging jedoch darauf nicht ein. Die Firma steht noch auf einem äußerst rückständigen Standpunkt in der Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter in Sachen des Lohn- und Arbeitsverhältnisses. Sie fühlt sich noch Herr im Hause. Ein Dimeiß mehr für die Arbeiter, daß sie sich zusammen tun müssen, um zu ihrem Recht zu kommen. Die Firma darf sich nun nicht wundern, wenn die Arbeiter auf eine Regelung dieses unhaltbaren Zustandes drängen.

Die Verbandsleitung hat in Gemeinschaft mit den Vertrauensleuten aus der Branche Anträge ausgearbeitet, die zur Schaffung eines Tarifverhältnisses mit den Fabrikanten führen sollen. Die Anträge

wollen die Arbeitszeit auf 45 Stunden in der Woche festlegen, die Zeit- und Affordlöhne regeln, Teuerungszulagen und Heberstundenzuschläge bestimmen, sowie Ferien, Kündigung und alle anderen Fragen, die das Arbeitsverhältnis berühren, regeln. Auch die Pflichten und Rechte des Arbeiterausschusses sollen feiter verankert werden als wie das durch die gesetzlichen Bestimmungen geschieht. Da seither alle diese Dinge wenig oder gar nicht den Anforderungen der Zeit entsprechen haben, wird es einen harten Kampf geben, sie durchzusetzen. Nach kurzer Diskussion wurden die Anträge der Kommission einstimmig angenommen. Sie sollen sofort den Firmen unterbreitet werden.

Adressenänderungen.

- Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer.**
 B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.
Erlangen. B.: A. Drechsler, Jägerstraße 7.
 K.: D. Steger, Nürnberger Str. 98 I.
Magau. B.: W. Burms, Polnische Str. 24 III.
 K.: J. Kowal, Königstr. 42.
Krefeld. B.: Fr. Bauer, Garnstraße 59.
 K.: D. Kaut, Wennefelder Str. 41.
Langensalza. B.: A. Eifel, Löbberggasse 11.
 K.: O. Müller, Am wilden Graben 15.
Oberwiesenthal i. Sa. B.: W. Rabenstein, Bergstraße 182. K.: G. Rabenstein, Brauhausstr. 188.

Briefkasten.

Des Osterfestes wegen muß Nr. 18 der „Buchbinder-Zeitung“ bereits am Sonnabend, den 19. April, abgeschlossen werden. Alle für Nr. 18 bestimmten Einsendungen müssen darum am 19. April in unseren Händen sein, wenn die Aufnahme in Nr. 18 erfolgen soll.

Zurückgestellt infolge Raummangels wurden: Bericht von der Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Korrespondenzen aus Halberstadt — Ebersbach-Neugersdorf — Ludenwalde.

Elterliches.

Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution.
 Briefe an die deutschen Arbeiter von Parvus. III. Die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems. Preis 40 Pf. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW. 68.

Parvus' dritter Brief an die deutschen Arbeiter ist eine Verteidigung des Massenkampfes und der planvollen Sozialisierung. Die Umstellung der bislang für den Militärbedarf beschäftigten Betriebe auf den erweiterten und gesteigerten Volksbedarf ist das Gebot der Stunde. In anregender und gedankenweckender Weise wendet sich Parvus sodann einem praktischen Beispiele zu und behandelt die Wohnungsfrage im sozialistischen Staate. Er entwirft die Grundlinien einer großzügigen sozialistischen Wohnungsreform und zeigt die Wege zu ihrer Verwirklichung.

Viel Geld sparen Sie

wenn Sie Ihre Schuhe und Stiefel selber reparieren durch ein leicht anwendbares Mittel. Viele Anerkennungen. Muster für Mitglieder 2,50 Mk. per Packungnahme. Zu beziehen durch **Kollegen Max Storz, Dinglingen, Hauptstraße 68 (Baden).**

Naftmaschine, gut erhalten, kauft **C. Roth, Berlin, Görliger Straße 40.**

Kleister und Leime nur prima Ia bezugscheinfrei Muster à 70 Pfennig. **Klebstoff-Industrie Martin Jachler, Berlin R. 87, Weihenburger Straße 66.** Fernsprecher: Norden 6549.

Schneldl, weisbuch, empf. J. Gabel, Ebersfeld, Gesundheitsstr. 74

Eisendrähte in allen Ausführungen, blank, gelblich, verzinkt, von den feinsten bis zu den stärksten Sorten, Feisdrähte, Blumen- und Webefeisdrähte liefern **W. Prose & Söhne, Hagen i. B.**

Mehrere tüchtige **Etuisbuchbinder** auf Rigarrenstippen-Etuis sofort gesucht. **C. Storch, Etuisfabrik, Ruhla i. Th.**

Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserem Beruf.

Zum Preise von 1,50 Mk. zu beziehen von **C. Hauelsen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I.** Postfachkonto Dtn. 23210.

Heftdraht

ca. 1000 kg blank 0,85 mm Durchmesser, : 3800 : : 0,6 flach, : 100 : : 1,3 : Durchmesser verflüsslich.

Cufffahrzeugbau Schülke-Canz, Mannheim-Rheinau.

Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel kleben nur noch mit

Wiril Klebstoffen

(D. R. P. a.)

Glänzende Begutachtungen. Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc. Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten. **Chemisch-technische Werke Willybald Richter** Leipzig, Querstrasse 4-6, Telefon 3049. Telegramm-Adresse: Wirilwerke. Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76.

Buchbindermesser

liefert als Spezialität **Ernst Wilhelm Schmidt, Solingen, Stahlwarenfabrik, Telefon 2298.**